



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

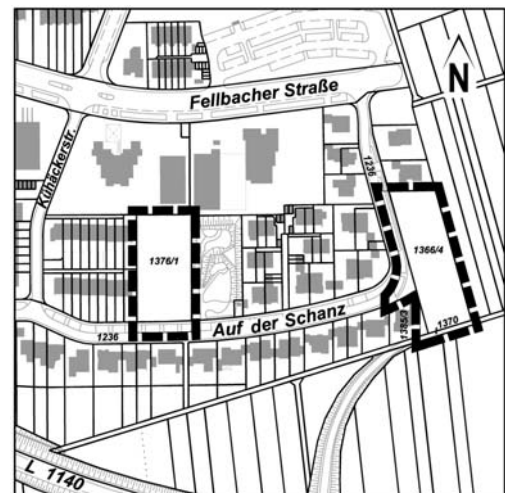
am Donnerstag, 21.10.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "** **Vorl.Nr. 388/10**
Auf der Schanz" Nr. 097/11 in Ludwigsburg-
Oßweil
- Satzungsbeschluss
(Vorberatung)

Beschluss:

I. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB (Baugesetzbuch) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangen sind, werden zur Kenntnis genommen. Sie führen nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander zu keiner Änderung der bisherigen Planung, die zu einer erneuten Beteiligung führen würden.



II. Aufgrund von § 10 BauGB und § 74 Landesbauordnung (LBO) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 08.10.2010 der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften

**„Auf der Schanz“ Nr. 097/11
in Ludwigsburg-Oßweil**

nach Abwägung aller Belange als **S A T Z U N G** beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 1376/1, 1366/4 sowie die Teilflächen der Flurstücke 1236 (Straße „Auf der Schanz“), 1370 (Landwirtschaftlicher Weg) und 1385/3 (privat genutzte Gartenfläche) auf der Gemarkung Oßweil.

Maßgebend ist der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 08.10.2010, bestehend aus dem Lageplan mit Zeichenerklärung und Textteil sowie die Begründung vom 08.10.2010.

Diesem Beschluss wird die Abwägung/Stellungnahme des Bürgermeisteramtes (Fachbereich

Stadtplanung und Vermessung) mit der Begründung des Beschlussantrages vom 08.10.2010 und deren Anlagen zugrunde gelegt.

III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a (2) Nr.2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 12 Nein 2 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) macht darauf aufmerksam, dass es sich heute um den letzten notwendigen Beschluss für den Bebauungsplan handle. Er erinnert an den mit Vorl. Nrn. 178/10 und 253/10 gefassten Entwurfsbeschluss und bestätigt, dass sich seither keine Änderungen ergeben hätten. Weiter weist er nochmals auf die hohe Nachfrage nach hochwertigem Bauland hin und erwähnt zahlreiche Interessensbekundungen für den Erwerb eines Grundstückes. Zudem trage man mit dem Bebauungsplan „Auf der Schanz“ dem Wunsch nach einer Nachverdichtung im Bestand Rechnung.

Stadtrat **Noz** und Stadtrat **Haag** sprechen sich auch mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage dafür aus, den Bebauungsplan aufzustellen, die Flächen gewinnbringend zu veräußern und einkommensstarke Bewohner in Ludwigsburg anzusiedeln.

Stadträtin **Liepins** erklärt, dass die Mehrheit der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Sie selbst lehne den Bebauungsplan jedoch ab, da ihrer Meinung nach der Markt in Oßweil durch zahlreiche Baugebiete derzeit gedeckt sei. Ein Bebauungsplan für „Auf der Schanz“ könne noch 5 Jahre zurückgestellt werden.

Für die FW-Fraktion erklärt Stadtrat **Striegel** seine Zustimmung. Er bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass diese zur Landschaftskante hin wie von ihm angeregt aus gestalterischen Gründen Flachdächer ausgeschlossen habe.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt eine persönliche Erklärung ab. Aus seiner Sicht sei die Aufstellung des Bebauungsplans zum jetzigen Zeitpunkt nicht Resultat einer nachhaltigen Wohnungspolitik, sondern leerer Kassen. Er legt besonderen Wert auf die Feststellung, dass das letzte Wort über die Verwendung der Erlöse noch nicht gesprochen sei.

Stadträtin **Schübler** will dem Satzungsbeschluss zustimmen, auch wenn sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünscht hätte, dass zumindest ein Teil der Grundstückserlöse in die Grünflächensicherung investiert werde.

Stadträtin **Burkhardt** lehnt den Beschlussvorschlag ab. Als Gründe führt sie an, dass auch ihm Stadtgebiet Freiflächen benötigt würden, dass der zuerst erforderliche Landschaftsrahmenplan noch nicht vorliege und dass sie bei der derzeitigen Betreuungssituation in Oßweil die Aufgabe von

Kindergartenflächen nicht unterstütze. Auch ein Verkauf von Grundstücken zum Ausgleich des Haushalts 2011 finde nicht ihre Zustimmung.

Auf Fragen aus dem Gremium bestätigt Herr **Kurt**, dass die Entwässerung umfassend geprüft worden sei. In Kombination mit den vorgeschlagenen Rückhalteanlagen auf den einzelnen Baugrundstücken reiche die geplante Dimensionierung aus. Die Reduzierung der GRZ sei hier ein wesentliches Kriterium. Weiter sagt er auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner** zu, er könne in der Sitzung des Gemeinderats am 27.10.2010 nochmals detaillierter auf die Anrechenbarkeit der Garagenflächen auf die GRZ eingehen, sofern dies vom Gremium gewünscht werde.

TOP 2

Informationen zur Verkehrswirksamkeit von
Straßenplanungen im Raum Ludwigsburg

Vorl.Nr. 419/10

Beratungsverlauf:

Herr **Reiter** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert das Gremium an Hand einer Präsentation über die Straßenverkehrsplanungen im Raum Ludwigsburg mit Stand 2010/2011. Er stellt das Verkehrskonzept für Bietigheim-Bissingen, Freiberg, Pleidelsheim und Ingersheim dar, geht auf die Inhalte der bereits beschlossenen 1. Stufe sowie auf jene der noch geplanten 2. Stufe ein und schildert die zu erwartenden verkehrlichen Auswirkungen auf Ludwigsburg. Abschließend nimmt er eine erste Bewertung aus Sicht der Stadt Ludwigsburg vor und weist auf noch zu klärende Punkte hin. Weiter spricht er Überlegungen zu einer abgestimmten LKW-Führung in Form einer gemeinsamen Umweltzone mit den umliegenden Kommunen an. Die Präsentation ist als Anhang zur Vorl. Nr. 419/10 in elektronischer Form über das Ratsinformationssystem abrufbar.

BM **Schmid** weist auf den Umfang und die Komplexität des Themas hin. Er schlägt eine Erörterung im Rahmen eines IKARUS-Treffens mit der Stadt Freiberg im 1. Quartal 2011 vor.

Stadtrat **Noz** begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Die Verkehrsplanungen in den genannten Kommunen seien deutlich weiter fortgeschritten als in Ludwigsburg und man benötige dringend Infos über die zu erwartenden Auswirkungen. Seien diese positiv, wolle man den Weg der Nachbarkommunen gerne unterstützen. Es stünden jedoch auch negative Auswirkungen wie beispielsweise eine Sogwirkung auf die Bottwartalstraße zu befürchten. Was das IKARUS-Treffen anbelange, so sei dieses sicher gut für einen regelmäßigen Austausch, große Ergebnisse erwarte er sich jedoch nicht. Wichtig sei, dass man auch in Ludwigsburg das Thema Verkehrsplanungen mit Nachdruck angehe.

Stadträtin **Liepins** spricht sich gegen eine „Kirchturmpolitik“ bei den Verkehrsuntersuchungen und –planungen aus. Sie fordert dazu auf, das Gespräch mit den Nachbarkommunen zu suchen, auch wenn ihre Erwartungen hier nicht allzu hoch gesteckt seien.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** beurteilt die IKARUS-Treffen ähnlich wie Stadtrat Noz. Anstelle vieler Individuallösungen sei ein gemeinsames regionales Verkehrslenkungskonzept erforderlich. Was das Lkw-Lenkungskonzept anbelange, so sei wichtig, dass dieses an einem Stück umgesetzt werde. Werde es in unterschiedliche Realisierungsphasen unterteilt und in Ludwigsburg später umgesetzt, drohe eine zusätzliche Verkehrsbelastung.

Stadtrat **Haag** schließt sich seinem Vorredner weitestgehend an.

Stadträtin **Burkhardt** erkundigt sich nach den Planungen für das Lkw-Lenkungskonzept und stellt
Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 21.10.2010

in Frage, ob nicht die Autobahn zusätzlich ausgebaut werden müsse, falls der Lkw-Verkehr auf diese umgeleitet werde. Zudem fordert sie, dass sich ein künftiges, regionales Verkehrslenkungs-konzept auch mit den Möglichkeiten zur Verlagerung von Verkehr auf die Schiene befassen müsse.

Auf verschiedene Nachfragen aus dem Gremium berichtet Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) über den Stand der Gespräche mit dem Regierungspräsidium Stuttgart zum regionalen Lkw-Lenkungs-konzept. Letzter Stand sei, dass zwei verschiedene Varianten geprüft würden. Anfang November erfolge voraussichtlich eine Vorstellung für die Kommunen. Die Verwaltung werde sich in diesem Zusammenhang weiterhin für eine großräumige Umfahrung von Ludwigsburg einsetzen.

TOP 2.1 - Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2010

Vorl.Nr. 347/10

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 347/10, ist mit Bericht der Verwaltung zu Vorl. Nr. 419/10 erledigt.

TOP 3 Verbesserung der Fußwegeverbindung vom Westportal in die Weststadt
- Antrag der FDP-Fraktion vom 09.03.2010

Vorl.Nr. 123/10

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Haag** und Stadträtin **Burkhardt** begründen die jeweiligen Anträge der FDP-Fraktion und der LUBU mit der größeren Sicherheit für Passanten durch die Ausweisung von Tempo 30.

Herr **Leban** (Parkierungsanlagen GmbH) berichtet zunächst zur Ziffer 1 des Antrags der FDP-Fraktion. An Hand von Photoaufnahmen stellt er die seit Anpachtung des Parkhauses vorgenommenen Verbesserungen bei der Beschilderung und der Ausweisung der Parkdecks dar.

Zur Ausweisung von Tempo 30 in der Pflugfelder Straße nimmt Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) Stellung. Bei Verkehrsbeobachtungen während Veranstaltungen habe man einen guten Verkehrsfluss ohne verkehrsgefährliche Situationen für Fußgänger festgestellt. Ebenso seien der Polizei keine Unfälle mit Fußgängerbeteiligung bekannt und es bestehe kein erhöhtes Gefährdungspotential. Die für die Ausweisung einer Tempo 30-Zone oder den Erlass einer Einzelanordnung notwendigen Voraussetzungen lägen somit nicht vor. Für eine prophylaktische Ausweisung gebe es keine rechtliche Grundlage. Man habe diesbezüglich auch schon den Kontakt mit dem Regierungspräsidium gesucht, welches Tempo 30 hier ablehne.

BM **Schmid** ergänzt, dass auch die Einrichtung eines Zebrastreifens bereits geprüft worden sei.

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 21.10.2010

Auch dies sei rechtlich nicht möglich.

Stadträtin **Burkhardt** und Stadtrat **Haag** argumentieren übereinstimmend damit, dass die markierten Flächen am Westausgang derzeit Fußgänger und Autofahrer gleichermaßen verunsicherten. Dies trage sicher nicht zur Attraktivierung des Ausgangs bei.

Stadtrat **Griesmaier** und Stadtrat Dr. **Vierling** werben beide für den shared space-Gedanken. Je geringer der Geschwindigkeitsunterschied zwischen Fußgänger und Pkw ausfalle, umso leichter sei dies zu realisieren. Wenn dies nicht möglich sei, empfiehlt Stadtrat Dr. Vierling in zweiter Linie einen Zebrastreifen da es nicht einzusehen sei, dass immer den Pkws Vorrang eingeräumt werde.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass man bereits in der Planungsphase des Westausgangs das Thema Tempo 30 angesprochen und eine Probephase mit der jetzigen Regelung vereinbart habe. Nachdem sich in der Praxis Probleme gezeigt hätten, schlägt er vor, nun zumindest temporär Tempo 30 auszuweisen und zu prüfen, ob sich dies besser bewähre.

Im Anschluss an die Aussprache sagt Herr **Winkler** zu, dem Wunsch des Gremiums Rechnung zu tragen und nochmals das Gespräch mit dem Regierungspräsidium über die Möglichkeiten einer Ausweisung von Tempo 30 zu suchen.

Der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 123/10 ist durch Bericht der Verwaltung erledigt.

Darüber hinausgehend informiert Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) das Gremium über Bestrebungen zur Verbesserung der Anbindung zwischen Westportal und Weststadt und zur städtebaulichen Heraushebung der dort verlaufenden Wegeverbindungen. Er kündigt an, mit einem Konzept hierfür noch ins Gremium zu kommen.

Herr **Kuhnert** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt als mögliche vorgezogene Maßnahme an Hand von Fotografien und Plänen eine Verbesserung der Querung Martin-Luther-Straße/Brenzstraße dar. In Frage kämen entweder eine Verbreiterung der Gehwege oder die Einrichtung einer Mittelinsel.

Das Gremium spricht sich einmütig gegen das Fällen einer Einzelentscheidung aus. Das Thema solle nach einer Erörterung in einem Arbeitskreis, an dem auch engagierte Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen, im Rahmen einer Gesamtkonzeption wieder per Vorlage eingebracht werden.

TOP 3.1	Ausweisung von Tempo 30 in der Pflugfelder Straße - Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Kainz (LUBU) vom 10.12.2008	Vorl.Nr. 674/08
---------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 3.

Mit Zustimmung von Stadträtin **Burkhardt** wird der Antrag der LUBU, Vorl. Nr. 674/08, im Sachzusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 123/10, mitbehandelt.

Der Antrag ist mit der Zusage der Verwaltung, nochmals das Gespräch mit dem

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 21.10.2010

Regierungspräsidium über die Ausweisung von Tempo 30 zu suchen, erledigt.

TOP 4

STEP West:
Parkraumkonzept Ludwigsburg Weststadt

Vorl.Nr. 432/10

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Parkraumkonzept für die Weststadt (in Anlehnung an das Parkraumkonzept Oststadt) zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) ersucht das Gremium, ihm durch die Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 432/10 einen Auftrag für die Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes für die Weststadt zu erteilen. Er erinnert daran, dass man bei der Beschlussfassung zur Parkraumkonzeption Martin-Luther-Straße entschieden habe, diese Regelung in ca. 2 Jahren zu überprüfen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen in den umliegenden Straßen empfehle es sich jedoch, eine Gesamtkonzeption für die Weststadt zu erstellen.

Unter Verweis auf die Dringlichkeit der Parkproblematik in der Hoferstraße kündigt BM **Schmid** an, gemeinsam mit dem FB Sicherheit und Ordnung hierfür zeitnah einen vorgezogenen Lösungsansatz zu erarbeiten.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) bestätigt dies.

Das Gremium unterstützt die Aufstellung eines Parkraumkonzeptes für die Weststadt, betont jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit einer kurzfristigen Lösung für die Anwohner der Hofer- und gegebenenfalls der Mörikestraße. Mehrfach wird aus dem Gremium angeregt, vor Einstieg in die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes das Gespräch mit den Anwohnern der Weststadt und dem dortigen Bürgerverein zu suchen und deren Wünsche und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Eventuell lasse sich auch das in das Konzept einzubeziehende Gebiet in Absprache mit den direkt Betroffenen modifizieren und verkleinern.

Stadträtin **Schübler** fordert dazu auf, das Parkraum- mit einem generellen Mobilitätskonzept zu verbinden.

Herr **Kurt** fasst die Aussprache dahingehend zusammen, dass das Parkraumkonzept „mit Augenmaß“ angegangen werden solle. Mit Blick auf die begrenzten Ressourcen, die für diese

Aufgabe zur Verfügung ständen, sagt er dies ebenso zu wie eine intensive Bürgerbeteiligung und eine vorgezogene Lösung für die Hoferstraße. Was das Mobilitätsmanagement anbelange so plane er, im Gebiet ansässige Unternehmen zu beteiligen und mit einzubeziehen.

Beschluss

1. Die Stadt Ludwigsburg tritt der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen vorerst nicht bei.
2. Der Verwendung der Mittel aus der Stellplatzablöserücklage in Höhe von bis zu 150.000 Euro für Fahrradabstellanlagen und eine dynamische Fahrgastinformation am ZOB wird zugestimmt.
3. Die Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt werden gemäß Anlage 1 errichtet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Ausschreibung einer dynamischen Fahrgastinformation am ZOB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss über die Ziffer 1 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss über die Ziffern 2 - 4 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Ressler** (FB Stadtplanung und Vermessung) spricht zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages. Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 293/10 geht er kurz auf die Ziele und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen ein und erläutert, welche Gründe einem Beitritt derzeit entgegenstünden. Auf Grund des noch nicht abschätzbaren Verhältnisses zwischen Aufwand und Nutzen bei einem eventuellen Beitritt und der derzeit schwierigen Haushaltslage empfehle er, finanzielle Mittel und Arbeitsaufwand bevorzugt in die Weiterentwicklung des Ludwigsburger Radverkehrskonzepts zu investieren.

Stadträtin **Schübler** hält die vorgetragene Argumentation für schlüssig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne das Vorgehen so mittragen. In rund einem Jahr solle aber ein Beitritt zu Arbeitsgemeinschaft nochmals geprüft werden.

BM **Schmid** lässt daraufhin über die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Zu den Ziffern 2 bis 4 des Beschlussvorschlages spricht Herr **Albrecht** (ÖPNV). Er erinnert an die Vorl. Nr. 475/09 und die Beteiligung der Stadtverwaltung an einem GVFG-Antrag der Ludwigsburger Verkehrslinien (LVL), wodurch man die Einrichtung einer dynamischen Fahrgastinformation (DFI) am ZOB habe finanzieren wollen. Nachdem der Antrag nicht zum Zuge gekommen sei, schlage die Verwaltung eine Verwendung der Stellplatzablöserücklage für diese Zwecke vor. Er kündigt an, dass am Busbahnhof zunächst eine zentrale DFI-Anzeigetafel errichtet werden solle, die im ersten Schritt Fahrplan-Soll-Daten ausweise. Wenn die Flotte der LVL mit Bordrechnern ausgestattet werde, könne die Anlage problemlos auf Echtzeiten umgerüstet und auf Wunsch durch kleinere Anzeiger an den einzelnen Bussteigen ergänzt werden.

Das Gremium spricht sich einmütig für die baldige Installation einer dynamischen Fahrgastinformation aus und stimmt auch einer Verwendung der Stellplatzabläse für diesen Zweck zu.

BM **Schmid** lehnt den Alternativvorschlag von Stadtrat **Noz**, die Maßnahme über den Haushalt zu finanzieren, auf Grund der angespannten Haushaltslage ab. Zudem sei eine derartige Verwendung nach den Bestimmungen des Stellplatzablösevertrages zulässig.

Stadtrat **Noz** erklärt, dieser Verwendung einmalig zuzustimmen. Künftig sollten jedoch auch wieder Stellplätze und Garagen hieraus finanziert werden.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet mit Verweis auf deren hohe Kosten und die Anfälligkeit für Vandalismus darum, vor der Ergänzung durch Einzelanzeiger nochmals ins Gremium zu kommen.

Stadträtin **Liepins** bitte mit Verweis auf die ebenfalls zu beschließende Errichtung von Fahrradabstellanlagen darum, darauf zu achten, dass bei der Installation nicht mehr Parkplätze als nötig wegfielen.

Abschließend beantwortet Herr **Albrecht** Fragen der Stadträte **Haag**, Dr. **Vierling** und **Burkhardt** zu der Aufstellung von Fahrgastinfo-Tafeln, zu Möglichkeiten der Verdeutlichung der Zuordnung einzelner Buslinien zu den Bussteigen und zum möglichen Zeitpunkt eines Umstiegs auf Echtzeit-Anzeige.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Ziffern 2 bis 4 der Vorl. Nr. 293/10 zur Abstimmung.

TOP 5.1

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 05.05.2010

Vorl.Nr. 231/10

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2010 auf Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen, Vorl. Nr. 232/10, ist mit Beschluss zur Ziffer 1 der Vorl. Nr. 293/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 5.

Beratungsverlauf:

Herr **Meyer** (FB Bürgerbüro Bauen) berichtet, seit der letzten Sitzung des Stadtteilausschusses habe man mit den Eigentümern des Gebäudes am Sonnenberg 1 zwei weitere Gespräche geführt und eine gemeinsame Kompromisslösung gefunden. Er geht kurz auf die diskutierten Themen Standortwahl und Materialfrage ein und stellt die Ergebnisse dem Gremium an Hand von Plänen und Entwürfen vor. Weiter informiert er über die Vereinbarungen mit der Bietigheimer Wohnbau, die durch den Verzicht auf Stellplätze zu zusätzlichen Grünflächen für die Wohnungseigentümer geführt hätten. Die Umsetzung solle bis Weihnachten 2010 erfolgen.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18.09.2009, Vorl. Nr. 409/09, ist damit erledigt.